

Einladung
Wissionsfest
engemeinde
9. April.
et a. W. (ehem. Wissionsar).
inspredigt.
vertraut.
lichtbildervortrag.
sagworte bestimmt.
s willkommen!

den 7. April 1922.

Anzeige.

er kreislieferter Vater
Wurster
Schwerer Krankheit im
erlitten.
Wurster geb. Waly
am
am mittag 2 Uhr.

den 7. April 1922.

Anzeige.

Anzeige.

es gefaltes, unsere
utter
enschler
en
w längeren, schweren
emat abzurufen.

er mit Familie
er mit Frau
mit Verdienstem
u. Rosa Kenschler.
am mittag 2 Uhr.

Gesucht.

wird per sofort oder später
Mädchen, welches schon
Vater bei Familienanschluss
haben.
Christophstr. 10.
36.

Gottesdienst-Ordnung

Ev. Gottesdienst
in Pöhlmannstr. 9. April, vorm.
10 Uhr Predigt (Ott), anschlie-
dend Feier des hl. Abendmahls,
abends 8 Uhr. (Schäfer), anschlie-
dend Predigt zum hl. Abendmahl
Erntedankfestabend.

Ev. Gottesdienste

Methodistengemeinde
Sonntag vorm. 10 Uhr Wissions-
predigt (Dr. C. E. Köhler-Frankfurt
W.). 11 Uhr Sonntagsschule,
am 2. Wissionsvortrag (Dr.
Köhler), abends 8 Uhr Wissions-
bildervortrag (Dr. C. Köhler).
am Sonntag 10 Uhr Wissions-
predigt. Mittwoch abends 8 Uhr
Wissionspredigt. Freitag abends
8 Uhr Wissionspredigt.

Kathol. Gottesdienst.

Sonntag 10 Uhr Hochzeit
11 Uhr Hochzeit. 2 Uhr Hochzeit.
am Donnerstag 7 Uhr Beicht-
predigt. 8 Uhr Amt. 10 Uhr
Hochzeit. Freitag 10 Uhr
Hochzeit. Samstag 10 Uhr
Hochzeit. Sonntag 10 Uhr
Hochzeit.

erscheint an jedem Werk-
tag. Beilagen nehmen
familiäre Postankalten
und Postboten entgegen.

Bezugspreis: in
Kopie, durch d. Agenten,
durch d. Post einl. Post-
gebühren monatl. 1.11.-
Quartal 3.33.-
Halbjahr 6.66.-
Jahr 13.32.-

Anzeigen-Gebühr für die
einseitige Seite und ge-
wöhnlicher Schrift oder
beim Raum bei einmali-
ger Einrückung 1.50,
bei mehrmaliger Abtast
nach Tarif. Bei gerichtl.
Beitreibung u. Konfession
ist der Rabatt hinfällig.

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1820

Preis pro Nr. 20.

Druck und Verlag von G. W. Zeller (Walt Zeller Nachf.) Nagold, Württemberg für die Schriftleitung H. Waldmann.

Montag den 10. April 1922

Nr. 84

96. Jahrgang

Der Weg ins Leben.

Ein Wort zur Berufswohl.

Ofters und Schalkhaft stehen vor der Ähre. Tausende Kinder des Volkes machen den Schritt von der Schule ins Leben, vom Rinde zum berufstätigen Menschen. An Ratshelgen, Ermahnungen und Belehrungen aller Art fehlt es nicht. Fröhlich, erwartungsvoll Sehnen und Dängen befeuert die jungen Menschen im Frühling ihres Lebens. Mit Schiller kann man sprechen: Die Hoffnung lährt sie ins Leben ein, sie umklettert den felsigen Knaben. Den Jüngling lockt ihr Zauber, sie wird mit dem Kreis nicht begraben... Und das ist so. Denn nur die unermessliche Hoffnungstendenz der Jugend vermag in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Nöte die Kräfte aufzubringen, um der Schwere der Zeit, die sich wie Berge auf dem Wege des Lebens und des künftigen Berufes thronen, Herr zu werden. Wo die Weisheit des Alters und die Reife der Erfahrung dem zukunftsreichen Optimismus der Jugend Wegweiser fürs Leben geben, da muß trotz aller Hemmnisse unserer Zeit und unserer Nöte nicht Sorge und Bestimmtheit an diesem Wendepunkt der jungen Menschenkindheit Platz greifen, der bei den Eltern und Älteren so gerne überwiegt, sondern das Bewußtsein, daß man nur durch Kampf zum Siege gelangt. Auch im beruflichen Leben.

Die Berufswahl ist für die jungen Menschen in diesem Zeitpunkt noch eine gefühlsmäßige Entscheidung. Unsere Verhältnisse bringen es aber mit sich, daß sie so frühzeitig getroffen werden muß, um in die Vorbereitungs- oder Lehrgang des Berufsberufes zu gelangen. Damit ist aber noch nicht das letzte Wort über den künftigen Beruf gesprochen. Mehr als die Hälfte aller berufstätigen Menschen hat das Leben anders geführt, als es bei der Schulentscheidung gemeint wurde. Darum keine Zukunftsängste und Überlegungen auf lange Sicht! Es kommt meist anders, als man denkt. Denn die Entfaltung der Kräfte, Anlagen und Neigungen der jungen Menschen fällt meist in die Jahre nach der Schulentscheidung.

Für die Jugend gilt es, in diesen Jahren des Werdens und Wachsens Körper und Seele gesund zu erhalten und die schlummernden Kräfte zu entfalten und sich die alte Weisheit zum Lebensgrundgesetz zu machen: Arbeit schändet nicht. Jede Arbeit und jeder Beruf, selbst der allergeringste, ist ein Dienst am Menschentum und an der Volksgemeinschaft. So wird man bei unserer heutigen wirtschaftlichen Lage zum rechten Verständnis der sozialen Verhältnisse kommen; man wird nicht von Klassen der erwerbstätigen Menschen sprechen lernen, sondern finden, daß die Arbeit dem Leben Inhalt, Erfüllung und Befriedigung gibt. Man wird die Menschen nicht beurteilen nach dem, was sie sind, sondern nach dem, wie sie ihre Arbeit und Pflicht erfüllen. Nur in dieser Gesinnung kann ein brauchbarer Mensch mit richtigem Verständnis für unsere wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse heranwachsen, eine Persönlichkeit werden und ein Charakter sich bilden. Dann erst kommt die berufliche Tätigkeit, die Kenntnisse, die Fertigkeiten, die bestimmend sind für die Gestaltung des Einzelstandes. Von der Persönlichkeit und Charakterbildung aber hängt es bei den jungen Menschen ab, ob sie die für jeden Beruf erforderlichen Kräfte und Anschauungen in sich tragen, die Voraussetzungen für ein befriedigendes berufliches Wirken und gesundes Werden sind. Daraus folgt denn auch, daß man die Menschen in ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Schichtung richtig beurteilt, daß man zum Staat in ein richtiges Verhältnis kommt, daß man sich als Glied der Volksgemeinschaft fühlt und daß Heimat und Vaterlandsliebe ein Bestandteil seines eigenen Wesens sind.

Die Frage der Berufswahl wird meist durch den Lebenskreis, aus dem der junge Mensch herkommt, entschieden. Die Erfahrung lehrt, daß die Ratshelgen von Lehrern und berufsberatenden Stellen, die das junge Menschenkind zwar nicht so kennen wie das Elternhaus, sehr zu beachten sind, da sie meist objektiver über die Kräfte und Anlagen zu urteilen vermögen. Es ist deshalb dringend zu raten, daß man sich bei der Berufswahl diesen Rat einholt. Das gilt besonders bei Knaben. Für Mädchen muß bei der heutigen Lage gefordert werden, daß sie neben dem ihnen von Natur aus zugewiesenen Beruf der künftigen Hausfrau, in dessen Ausübung sie nimmer rasten dürfen, sich einem Zweig des Erwerbslebens zuwenden müssen. Die Zeiten der „Mittelschicht“ (Hausfrau) sind vorüber. In Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, bei Staat und Behörden gibt es glücklicherweise heute hunderte von Möglichkeiten für den Erwerbberuf der Mädchen. Die Gefahren, die in einer solchen Wahl liegen, werden aber nur erkannt, wenn gleichzeitig die Weiterbildung und Fortbildung im Hausfrauenberuf nicht unterbleibt. Die „Tippmamsell“, die Telephonistin, die Verkäuferin und das Fädelmädchen, die nach ihrem Achtstundentag nichts übrig haben für Haushalt, Kochen, Nähen und Pflegen, dürfen nicht das Ideal unserer Mädchenwelt werden. Leider ist heute in unseren Städten diese Art des Frauenberufs emporgeschossen. Für die Familie und Zukunft des Volkes schimmern darin schwere Gefahren. Aus diesen Gründen geht man zurzeit an die Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts schon in der Schulzeit.

Nicht der zu erwartende „Dohn“ darf bei all den Fragen der Berufswahl den Ausschlag geben, sondern die Rücksicht auf die körperlichen und geistigen Kräfte des jungen Menschen. Sie zu entwickeln, ist eine Aufgabe, an die Schule und Lehrerinnen immer wieder erinnert werden müssen. Daneben geht die ebenso wichtige Erziehung zur sittlichen Verantwortlichkeit und zum Staatsbürger, wozu aber Elternhaus und Schule die Grundsteine gelegt haben müssen. Bestenfalls beruht darauf Glück und Fortdauer des Einzelmenschen wie der Volksgemeinschaft. H. T.

Kleine politische Nachrichten.

Der Kampf um die Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 8. April. Die Kammer setzte gestern nachmittag die Debatte über die Militärdienstzeit fort. Der Abgeordnete De Casagrande erklärte, er habe den Wunsch geäußert, die Militärdienstzeit in Frankreich so viel wie möglich zu verringern. Aus diesem Grunde habe er sich in Deutschland an Ort und Stelle unterrichten wollen. Er sei zurückgekommen mit der Überzeugung, daß die 18 monatliche Dienstzeit eine Notwendigkeit sei und daß man unmöglich einen vermittelnden Vorschlag annehmen könne. Die Stimmzahl Deutschlands habe sich nicht geändert. In dieser falschen Republik gäbe es keine militärischen Republikaner. Der Abgeordnete Le Provost de Launay bestätigte diese Erklärung und verlas eine Anzahl Dokumente, die er aus Deutschland mitgebracht hatte. Diese Dokumente sollen beweisen, daß Deutschland seine militärischen Vorbereitungen und seine Bewaffnung mit Geschwindigkeit fortsetze trotz der Beobachtung durch die Kontrollkommission. Ministerpräsident Poincaré bestätigte, er habe erfahren, daß alle Anstrengungen der Kommission Rüstet auf den Oberstand Deutschlands stöhnen, aber die Mission der Kommission werde fortgesetzt werden, solange man nicht die Sicherheit habe, daß die Entwaffnung eingehalten wird. In der französischen Kammer wurde ein Zusatzantrag, die Dienstzeit auf ein Jahr festzusetzen, aber für die Jahresschiffe 1922, die zweijährige Dienstzeit, für die Jahresschiffe 1923, 1924 und 1925 die 18 monatliche Dienstzeit beizubehalten, nach längerer Debatte mit 320 gegen 237 Stimmen abgelehnt.

Die Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 8. April. In der gestrigen Sitzung der Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes gaben die Vertreter der einzelnen Beamtengruppen zustimmende Erklärungen über Organisationsfragen zu dem Programm des ersten Vorsitzenden, H. L. ab. Nur der Vertreter der Beamten der deutschen Verwaltungen erklärte sich für den von der Reichsregierung beantragten Einheitsdienst. Der Vertreter der Reichspostbeamten trat für die Aufhebung des Streiks als letztes Mittel ein. Für Baden, Hessen, Württemberg, Bayern, Thüringen und die beiden Rheinlande erklärte Reichardt Münden: Wir lehnen die Beamtenpolitik der Herren Meines und Scharfwerdt ab, weil wir darin eine Gefahr für das ganze Volk erblicken. Auch der Verband der Postbeamten Deutschlands erklärte sich gegen die Dienstverweigerung. Bei der nun folgenden Neuwahl des Bundesvorstandes wurde der bisherige Vorsitzende, H. L., mit 278 gegen 149 Stimmen gewählt. Die Wahl bedeutet einen Sieg des „Mittelschicht“-Programms.

Anstehen des Zahlungsmittelumsatzes.

Am Schluß des 1. Vierteljahres 1922 war ein außerordentlich hohe Inanspruchnahme der Reichsbank sowohl an Krediten als auch besonders an Zahlungsmitteln festzustellen. Die Banknotenausgabe ist um den niemals vorher in einer Bankwoche auch nur annähernd erreichten Betrag von 7767,8 Millionen Mark auf 130 671,4 Millionen Mark angeschwollen. Der Umlauf an Darlehensfaktoreneinlagen erhöhte sich um 728,7 Millionen Mark auf 8700,6 Millionen Mark. Insgesamt sind also in der Wismoswoche 8496,5 Millionen Mark an papierernen Zahlungsmitteln neu in den Verkehr abgeflossen. Die bisher höchste Umlaufvermehrung zum letzten Jahresabschluß hatte demgegenüber nur 5 Milliarden Mark betragen, in der Vergleichswoche des Vorjahres hatte der Verkehr 1,7 Milliarden Mark an Noten und Darlehensfaktoreneinlagen neu gelodert.

Reichskanzler Dr. Wirth über Genoa.

Berlin, 8. April. Reichskanzler Dr. Wirth empfing vor der Abreise nach Genoa einen Korrespondenten des Mittelschicht. Dr. Wirth erklärte u. a., er gehe nach Genoa mit demselben Gefühl, wie die meisten anderen Staaten, nämlich mit nur schwachen Erwartungen. Trotzdem betrachteten wir, sagte der Kanzler, Genoa als einen weiteren Schritt nach vorwärts, denn es ist der erste Schritt zur Annäherung der europäischen Nationen.

Dr. Rathenau über Genoa.

Berlin, 8. April. Einem Vertreter des Berliner Tageblattes erklärte der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau auf dem Bahnhof noch kurz vor seiner Abreise u. a.: Wir gehen mit dem ersten Willen zur fruchtbarsten Arbeit und mit großer Hoffnung nach Genoa. Aber ich möchte nicht, daß die Hoffnungen im Lande zu weit gespannt werden, denn auf zu weit gespannte Hoffnungen könnten leicht Rückschläge erfolgen. Genoa kann der Anfang zu einer Reihe neuer

Konferenzen sein und der erste Schritt zu einem Wiederanfang der Welt.

Die Engländer in Genoa.

Genoa, 8. April. Die englische Delegation ist mit dem Sonderzug aus Paris kommend um 12 20 Uhr in Genoa eingetroffen. Der Empfang, den man Lloyd George bereitet hatte, unterschied sich wenig von dem eines Herrschers. Zur Begrüßung Lloyd Georges hatten sich Ministerpräsident De Facta und Außenminister Scharfwerdt eingeladen.

Aus aller Welt.

Hochwasser im Schwarzwald.

Freiburg, 8. April. Seit zwei Tagen führen die Schwarzwaldbäche und Flüsse Hochwasser und richten großen Schaden an. Am schlimmsten haust die Dreilahn, die das Dreilohntal auf ganze Strecken unter Wasser gesetzt hat. In verschiedenen Gemeinden mußten die Sturmglocken geläutet und die Feuerwehre zur Hilfe aufgeboten werden. Auch die Rinig führt seit Montag sehr große Wassermengen, wie dies seit Jahren nicht beobachtet worden ist. Aus verschiedenen Orten des Rinsingtales wird gemeldet, daß das Hochwasser Siege und Weiden mit sich gerissen hat. Auch die Rander, die während des ganzen Jahres nur ein bescheidenes Hochwasser ist, ist zum teilweisen Fließ geworden und hat namentlich in Randeck recht erheblichen Schaden angerichtet.

Eine siebenfache Bluttat.

Strasbourg, 8. April. Der Eigentümer des Postamtes im Dorfe Dürrensdorf im Kreise Altkirch, Herr einen jungen Mann angeheiratet hatte, die Ehegattin seines Konstanten in Brand zu stecken und verhaftet werden sollte, hat gestern früh seine Frau und seine 6 Kinder mit einem stumpfen Instrument, vermutlich mit einem Hammer, erschlagen. Der siebenfache Mörder konnte auf der Flucht erwischt und verhaftet werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 10. April 1922.

Generalversammlung des Gewerbevereins. — Bürger-
versammlung. Am Samstag Abend 1/8 Uhr hatte der
Gewerbeverein Nagold seine Mitglieder in die „Traube“ zur
jährlichen Generalversammlung eingeladen. Vorstand Wohl-
bold begrüßte die erschienenen und gab einen kurzen Rück-
blick über die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahre
und seinen Bestrebungen zugunsten der deutschen Gewerbe-
wirtschaft. So wurde u. a. versucht, auf dem Bahnhofs-
Wandel zu schaffen. Bei der Reorganisation von Zollämtern
im letzten Jahr wurde der Versuch gemacht, ein solches hier-
her zu bekommen, leider ohne Erfolg. Die Versammlung
schließt sich nunmehr einem Antrag der vereinigten Brenner
des Bezirks an, der Bezirk Nagold möchte hohn weitgehend
dem Zollamt Calw oder dem Hauptzollamt Hagen angegliedert
werden. Hat wie bisher dem ungünstig gelegenen Freuden-
stadt. Der letztjährige Ausflug zum Besuch des Bundesweiser-
erhaltungsheim Riedernau steht noch allerorts in guter Er-
innerung, zur Unterstützung des immer noch an Geldmangel
leidenden Unternehmens sind auch von Nagold aus Anteil-
scheine gezeichnet worden. Herr Stadtschultheiß Walter be-
richtet nun über die vom Gewerbeverein im Einvernehmen
mit der Stadt gemachten Vorschläge, den Fahrpostdienst nach
Bödingen, den die Post wegen des jährlichen Abmangels von
14 000 M einzustellen beabsichtigt, zu erhalten; nur die Zu-
sage eines Betrags von 10 000 M könnte die Fortführung
des Betriebs, zunächst auf 1 Jahr; die Umlage dieses Betrags
auf die Amtskörperschaft muß noch entschieden werden. An
den Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Betriebs be-
teiligten sich besonders auch die Schultheißenämter von Bödingen,
Bödingen und Oberschwandorf und P. Schmidt Nagold. Dem
anschließend an diese Ausführungen ergriffen Rassenbericht
des Rastlers Rapp ist zu entnehmen, daß der Rassenbestand
p. St. 351,73 M beträgt (112,20 M im Vorjahr). Die Zahl
der Mitglieder beträgt 128. Infolge der durch die Geld-
entwertung bedingten und noch zu erwartenden Aufgabener-
höhung schließt sich die Versammlung dem Kaufmanns-
antrag auf Erhöhung der Mitgliederbeiträge um 50 Prozent an.
Die Beiträge werden somit von 8 M auf 12 M und von
12 M auf 18 M erhöht. Zum Schluß erstattet H. P. Schmidt
launigen Bericht über die Verbandstagung in Mergentheim,
an der er als Vertreter des hiesigen Vereines teilnahm.

Inzwischen hatte sich der Traubensaal mehr und mehr
gefüllt. Die im unmittelbaren Anschluß an die Generalver-
sammlung des Gewerbevereins anberaumte D i e r e c t o r e n -
s a m m l u n g und der seit langem in Aussicht gestellte
Bericht der Stadtverwaltung über den Stand der Wasser-
leitungsfrage, sowie wohl auch die Erwartung, auch sonst noch
allerlei interessante Dinge zu hören, zog viele Kreise der
Bürgerchaft an. In seiner Programmrede wies
Herr Stadtschultheiß Walter auf die ins Grenzgebiet wach-
sende Geldentwertung hin, die dringend die Umkehrung aller
nur irgendwo zu meidenden Ausgaben heische, aber doch
nicht dazu führen dürfe, den Blick für das wirklich Notwen-
dige und vom Augenblick Beforderte zu trüben. In den letz-
ten Jahren war es besonders das Wohnungswesen, wo sich

Verbreitete Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Die Zeit. Württemberg wird
nicht mehr durch den
Agenten, durch d. Post einl.
Postgebühren monatl. 1.11.-
Quartal 3.33.-
Halbjahr 6.66.-
Jahr 13.32.-

Telegraphen-Adresse:
Gefellschafter Nagold.
Postcheckkonto:
Stuttgart 5118.



Württemberg.

Die Schwarzwaldwassererföpfung.

Calw, 8. April. Heute hielt der Gesamterwaltungsausschuss des Gemeindeverbandes der Schwarzwaldwassererföpfung nach längerer Pause wieder seine Sitzung ab; der Verbandstschreiber, Stadtschultheiß Müller begrüßte die Erschienenen, insbesondere auch den Vertreter des Oberamts, Herrn Amtmann Bögel und wies darauf hin, daß im früheren an dem Bestand der Anlagen eine Veränderung nicht eingetreten, wohl im inneren Betrieb die Nachkriegsfolgen nicht spurlos vorbeigegangen seien, da eben die Teuerungserhältnisse auch äußere ungünstig auf die Finanzen des Verbandes einwirkten, und die angesammelten Erneuerungsfonds in keiner Weise den etwa eintretenden Anforderungen genügen.

Nach Bekanntgabe der Rechnungsergebnisse der letzten 5 Jahre war auch der Voranschlag wurde mit Zustimmung des Oberamts die definitive Anerkennung der Rechnungen ausgesprochen. Hieraus erfolgte die Vorname der Wähler; hier handelte es sich in erster Linie für den aus seinem Amte als Ortsvorsteher ausgeschiedenen langjährigen am den Verband hochverehrten Vorsitzenden Herrn Schultheiß Frey einen Ersatzmann zu finden; eine Wiederwahl desselben liegen die genannten Bestimmungen nicht zu und einigten sich in der Hauptsache die Vertreter der Verbandsgemeinden auf den neuen Ortsvorsteher von Rühlberg, O. Schultheiß Weindland; in den Wahlen der übrigen Mitglieder des engeren Ausschusses ist eine Veränderung nicht eingetreten.

Die Beratung des Voranschlags für 1922 brachte die dringende Notwendigkeit mit sich, die Umlage auf den Kopf der Bevölkerung auf 10 A zu bestimmen und den Zuschlag auf den Wasserzins für Grundbesitzer auf 800% festzusetzen; auch die Besoldungsansprüche wie sie vom engeren Ausschuss vorgebracht war, fand die Zustimmung. (Schluß folgt.)

Fabrik-Bestätigung. Stuttgart, 8. April. Der von der Staatsanwaltschaft in vergangener Winterhalbjahr veranlaßte Zivilkurs fand dieser Tage seinen Abschluß mit einem Urteil bei der Baumwollspinnerei und Weberei W. Gutmann & Co. in Göttingen und der Kammergerichtspräsidenten Schönmayer, Mann & Co. in Soloth. In beiden Betrieben fanden die Befaher bereitwillige Aufnahme und freundliche Führung. Die ganze Verarbeitung von der rohen Baumwolle und Wolle an bis zum Fertigfabrikat war zu beobachten.

Amtspflichtenthebung der Hochschulprofessoren. Stuttgart, 8. April. Das Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes über die Amtspflichtenthebung der Hochschulprofessoren festgestellt, der demnächst dem Landtag zugehen wird. Der Entwurf sieht nach dem Vorgang der größten deutschen Länder vor, daß bei den planmäßigen ordentlichen und außerordentlichen Professoren der Hochschulen Tübingen, Stuttgart und Hohenheim, wenn sie eine Dienstzeit von mindestens 10 Jahren vollendet haben, an die Stelle der bestehenden Beförderung in den Ruhestand die Enthebung von den Amtspflichten tritt. Ein Recht darauf steht nicht zu, dagegen kann die Regierung diese Enthebung verfügen, wenn der Hochschulprofessor das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat und durch sein Alter oder seine gesundheitlichen Verhältnisse dienstunfähig geworden oder länger als 1 Jahr von Beförderung seines Amtes abgehalten worden ist. Ohne weitere Voraussetzungen tritt die Enthebung nach Vollendung des 70. Lebensjahres ein. Der Entlassene bleibt im Genuß der letzten Dienstbezüge. Die Hinterbliebenen der planmäßigen Hochschulprofessoren werden nach den Vorschriften des des Beamtengesetzes perfort. Den nachschaltfähigen Bezügen wird für den Betrag von Unterzahlungen 4000 A zugeschlagen. Das Gesetz soll am 1. April 1922 in Kraft treten und gleichzeitig die bisherige Regelung außer Wirkung gesetzt werden.

Verdermarkt. Stuttgart, 8. April. Die Stadtgemeinde erhielt die Erlaubnis, an jedem 2. Montag eines Monats, ausgenommen die Monate Februar und März, im städtischen Vieh- und Schlachthof einen Verdermarkt zu halten.

Vor einem weiteren Streik? Stuttgart, 8. April. Die württ. Industriearbeiter-Vereine ohne Unterschied der Richtung haben beschlossen, die Annahme des am 4. April gefällten Schiedsspruchs (25-30 Proz. Erhöhung der Februarerlöse für März und 12 Proz. Erhöhung der März-Erlöse für April) nicht zu empfehlen.

Automobil-Fahrkarte. Stuttgart, 8. April. In der Generalversammlung der Fahrkarte des Württ. Automobilclubs G. m. b. H. wurde beschlossen, in Ulm eine Filiale der Fahrkarte mit selbständigem Betrieb zu errichten. Nach dem Beitritt des Deutschen Automobilklub-Verbands zur Gesellschaft wurde der Name des Unternehmens in Württ. Landesfahrkarte umgewandelt.

Das neue Bierstele. Stuttgart, 8. April. Die Württ. Organisations-Gesellschaft Stuttgart geben bekannt, daß vom 9. April die Weinpreise erhöht werden, da im Großhandel der billigste Rossumwein ohne Steuer und Ankosten mindestens 30 A pro Liter kostet. In den Wirtschaften beträgt deshalb der Verkaufspreis 1/2. Nur allen Weines nicht unter 8 A, neuer nicht unter 10 A u. Qualitätswein nicht unter 15 A.

Erfolge des Gestirns. Weil bei Göttingen, 8. April. In der neuen Rennzeit hat das Weiler Gestirns bereits schöne Erfolge zu verzeichnen. Bei dem Wagnereigenen Rennen gewonnen Tannböck einen Platz von 30000 A Kontantent brachte 4800 A Platzgeld und im Herold-Rennen 14000 A und einen Ehrenpreis ein. Zwei Rennpferde wurden verkauft.

Sassvergiftung. Kornwestheim, 8. April. In der Arbeiterfamilie des Christian Klein blieb auf unangenehme Weise der Gochhahnen der Zimmerleute nachts offen. Die Tochter trat am Morgen die Eltern und zwei Kinder an schwerer Gochvergiftung darüberlegend an. Man hofft aber, sie am Leben erhalten zu können.

Reue Fürsorge-Organisation. Kottweil, 8. April. Im Jugendamtbezirk Kottweil sind in den drei Siedlungen Kottweil, Oberndorf und Schwemningen von der jeweiligen Stadtgemeinde zur Ausübung der Wochenheimpflege Anwaltschaften angegliedert worden. Nunmehr eine Erneuerung auf so gutem Gebiet wird so viel Beschäftigung herbeiführen, als gerade diese, weil sie da einsetzt, wo die Not am größten ist. Sie übernehmen nicht nur die Pflege unserer Mütter in den Zeiten ihrer Niederkunft, sondern nehmen ihnen auch die Sorgen für einige Zeit über den Haushalt und die Kinder.

Ertrunken. Züllingen i. Goch, 8. April. Der 9-jährige Adolph Sohn des Postgehilfen Eitelger kam einer von Goch-Hochwasser unterhalb der Uferstelle zu nahe, sank ein

und wurde von den Fluten fortgerissen. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Neue Bahn. Friedrichshafen, 6. April. Die Zehnringetalbahn wird, wie nunmehr feststeht, Mitte Mai eröffnet werden können. Die Bahn kostet bis zu ihrer Vollendung 5 1/2 Millionen, wovon rund 1 Million Mark noch fehlen, zu deren Deckung ein Darlehen aufgenommen werden muß.

Beachtliches.

Die Milchnot. Auch der deutsche Viehstand in überraschend kurzer Zeit wieder auf eine ganz erhebliche Höhe gehoben hat — die Werte der Vorkriegszeit hat er allerdings noch nicht erreicht — ist der Milchmangel leider immer noch außerordentlich groß und drückend. Viehstand wird der Landwirtschaft der Vorkriegszeit gemacht, die vernünftige Kallektion sei darauf zurückzuführen, daß zu viel Milch verkauft und dieses Produkt bei seinem hohen Preis ausgebeutet werde. Wie wenig schädlich diese Beschränkung ist, führte Oekonomierat Reiter in einem Vortrag aus, den er dieser Tage auf Veranlassung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft über das „Hilfsrecht der deutschen Landwirtschaft“ hielt. Er wies darauf hin, daß die deutsche Milchversorgung in der Vorkriegszeit zu 67 Prozent, die Fleischversorgung zu 40 Prozent auf der Nutzung des Futtermittels und Kraftfutterfabrikaten beruht habe. Viele Futtermittel müssen jetzt von der deutschen Landwirtschaft selbst geschaffen werden, da der Bezug vom Ausland der hohen Kosten wegen fast ganz unmöglich geworden ist. Die deutsche Landwirtschaft wird daher mit aller Kraft auch auf diesem Gebiet die Produktionsvermehrung betreiben müssen. Solange dies aber noch nicht erreicht und die Wähler für Auslandskäufe nicht wesentlich günstiger geworden ist, kann die Menge von Milch, die wir vor dem Krieg zu haben gewohnt waren, auch nicht erzeugt und erwartet werden. Derartige Betriebssteigerungen lassen sich nun einmal nicht von heute auf morgen machen, erst recht nicht in der Landwirtschaft. So werden sich denn die Verbraucher noch einige Zeit mit der Milchnot abfinden müssen. Es nützt nichts auf die Landwirtschaft zu schimpfen, vielmehr sollte ihr von allen Seiten Unterstützung werden, die Produktion zu steigern.

Familiennachrichten |

Bestorben: Emilie Schmauer, Witwe, Calw.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Goldmarkt. Auch diese Woche hat sich die deutsche Mark wieder etwas erholt. Vor 14 Tagen kostete der Dollar noch 870, vor 8 Tagen 830 und jetzt 810. Inwieweit diese Erholung sachlich begründet und dauernd ist, entzieht sich solange der Beurteilung, wie die Meinungen über die bevorstehende Konferenz von Genes völlig auseinandergehen. Eine erleichternde Einwirkung auf die deutsche Marktsituation wird aber von der Verbilligung der fremden Devisen nicht zu erwarten. Im einzelnen notieren 100 deutsche Mark am 6. April in Zürich 1,06 (am 30. März 1,57 1/2) Franken; in Amsterdam 0,88 (0,81 1/2) Gulden; in Kopenhagen 1,55 (1,50) in Stockholm 1,25 (1,19) Kronen; in Wien 2,90 (2,32,50) in Prag 1,70 (1,67) Kronen und in New York 0,32 1/2 (0,31 1/2) Dollar.

Börse. Auch der Erleichterung im Devisenmarkt zeigt sich die Effektenbörse andersherum verstimmt und zurückgefallen. Es herrscht die höchste Nervosität wegen der zunehmenden Geldknappheit, die zum Teil auch als Folge der Verbilligung des Bankdiskontosses anzusehen ist. Aber auch die Unsicherheit in den politischen Verhältnissen legt dem gesamten Börsengeschäft Zurückhaltung auf. Bankaktien zeigen eine verhältnismäßig gute Haltung. Auch Anlagewerte waren im allg. ruhigen behauptet. Spreizung Reichsanleihe liegen sogar um weitere 10 Prozent auf 145. Dagegen sind 4proz. Reichs-Obligationsanleihe auf 79,50 gefallen.

Weinversteigerung in Offenburg. Die am 6. April der veranlaßte Weinversteigerung war außerordentlich stark besucht. Für sehr gute Weine wurden hohe Preise bezahlt. Durchschnittlich betrug der Preis für den Hektoliter, Weizen des gleichen Vitaleigners auf 9200 A. Über diese hohen Preise kam es zu einem Streit, der nachher eine Stunde lang die Gemüter in Bewegung hielt. Für Rumpelberger wurde 12000-14000 A, für Waldalmer, Burgunder, Ehrenausbeute 17000 Mark bezahlt. Noch höhere Preise erzielten Rumpelberger Ausbeute, nämlich 20000 A und Waldalmer Pfundberg-Kolander-Ausbeute 20700 Mark, für Rieslingausbeute wurden 31100 A bezahlt.

Produktenmarkt. Der Höhepunkt der Getreideernte scheint jetzt überschritten zu sein. Die Preise sind in dieser Woche nicht weiter gesunken, sondern haben unter dem Druck von Abhanden etwas nachgelassen. Die ausgeübten Nebenprodukte der letzten Zeit haben den Boden genügend durchsucht und die Hoffnungen auf die heutige Ernte etwas belebt. Am 6. April wurden bezahlt in Ulm für Weizen 830-840 (minus 20), Roggen 820-824 (minus 12), Gerste 708-720 (minus 15), Hafer 614-625 (minus 8), Mais 608-512 (minus 20) Mark. In der letzten Stuttgarter Landesproduktentausch sind die Hauptpreise mit 440-460 und die Strohpresse mit 170-180 Mark der Dht. unverändert geblieben.

Warenmarkt. Der Verlauf der Frankfurter Messe brachte neue Preissteigerungen mit sich. Alles wurde wieder teurer bezahlt, am meisten die Tabakfabrikate. Hier auch Rohle, Eisen, sämtliche sonstigen Metalle und Metallergüsse, Mehl, Leder usw. stiegen weiter an. Auffallend ist die gewaltige Preissteigerung im Weinhandel, die es den Weinen nicht mehr möglich macht, ihre Vorteile ohne eine bedeutende Erhöhung der Verkaufspreise zu erlangen. 1921er Landwein kostete in Mannheim jetzt mindestens 60 0/0 A die 1200 Liter. Auf der letzten Württembergischen Weinversteigerung wurden geradezu Phantasiapreise erzielt. Auch in Württemberg ist kein Liter Wein mehr unter 30 A im Handel, natürlich nur die einjährigen Sorten. Von Hopfen erzielte, daß bei der Jänner bis zu 18 000 A bezahlt wird. Das ist das Dreifache des Herbstpreises.

Viehmarkt. Rumpelberg und Traratzung gehen Hand in Hand. Man hat jetzt in Stuttgart mit einer Erhöhung der Lammpreise auf 40 A zu rechnen.

Holzmarkt. Die Preissteigerung bei den Holzauktionen dauert an. Des gilt für Lammholz sowohl wie für Brennholz. Unverkäufliche Lagernde Bretter ab Sägewerkspilzen im Schwarzwald und Bayern sind nicht mehr unter 300 A für den Kubikmeter zu haben.

Handels- und Marktberichte.

Erhöhung des Weizenpreises. Mit Wirkung vom 8. April ab hat die Südd. Mühlvereinsvereinigung den Preis für Weizenmehl Spezial 0 um 45 A auf 2325 A pro Dtz. herabgesetzt.

Holzverkauf. Simmertshaus, 8. April. Bei dem letzten Stammholzverkauf des hiesigen Forstamts wurden erzielt: Für Fichten durchschnittlich 1282 Proz., für Tannen und Kiefer durchschnittlich 995 Proz. bei den Landesgrundpreisen von 10 I 350 A, II 300 A, III 250 A, IV 220 A, V 200 A, VI 170 A, VII und VIII 1300 A, II 270 A, III 240

hold konnte die ruhig und würdig verlaufene Versammlung, nachdem er den Rednern für ihre Ausführungen und den Höreern für ihr Erscheinen gedankt hatte, gegen 11 Uhr schließen. Die Versammelten dürften mit dem bestimmten Eindruck auseinandergegangen sein, daß von der Stadtverwaltung schon eine Fülle von maßvoller Arbeit geleistet worden ist und täglich geleistet werden muß.

Meisterprüfungsgebühr. Die von den Handwerkskammern beschlossene Erhöhung der Meisterprüfungsgebühr auf 150 A wurde vom Arbeitsministerium genehmigt.

Ans Gesichts und Sage unserer Heimat. Wir bringen mit dem heutigen Tag beginnend, in zwangloser Folge, eine Reihe von volkstümlichen Darstellungen aus Geschichte und Sage der Heimat, welche als Schmuck zu einem fünfjährigen Heimatbuch dienen können und wohl auch von Lehrern und Schülern gerne gebraucht werden. Jedem, der sich für die Geschichte seiner engeren Heimat interessiert, raten wir, diese Aufsätze aufzusuchen und aufzubewahren.

Für Gewerbetreibende. Der Handwerker ist bei der stetig steigenden Selbstwertung heute überdies daran, der Erbs für eine zu festem Preis übernommene Arbeit reicht oft nicht einmal aus, die Rohprodukte für die nächste zu beschaffen. In „Das Württ. Handwerk“, dem amtlichen Organ der württ. Handwerkskammern richtet Schreinermeister Stiglos an seine Kollegen folgende Mahnung, die allen Gewerbetreibenden gilt. Bei Übernahme von Aufträgen sollten unbedingt folgende Bedingungen seitens des Auftraggebers gestellt werden:

1. Angahlung desjenigen Betrags, der zum sofortigen Einkauf der Materialien für die Arbeit bezw. zur Ergänzung des Polylagers notwendig ist.
2. Vergütung aller während der Ausführung der Arbeit eintretenden Lohn- und Geschäftskosten-Erhöhlungen.
3. Abrechnung jedes letzten Defekttermins.
4. Vergütung aller Verluste für Gegenstände, die selbst bezogen werden müssen, wie Spiegel, Marmor, Schnitzereien, Stühle, Matrizen usw.
5. Entschädigung etwaiger Streitigkeiten bei Abnahme der Arbeit durch ein unparteiisches Schiedsgericht, bestehend aus 2 vom württ. Schreinermeisterverband aufzustellenden Sachverständigen unter Aufsichtung der Gerichte.
6. Bezahlung des Auftrags bei Ablieferung, andernfalls Eigentumsverbehalt, bis zur vollständigen Bezahlung.

Vollstreckung der Franzosen. Der Mannheimer „Generalanzeiger“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß die in Mainz von der französischen Justiz behandelten Straftäter zum großen Teil nicht als solche kennzeichnend gemacht, sondern heimlich entlassen und wieder gefesselt werden. Auch in Worms soll eine solche Verheimlichung durch die französl. Verwaltungsbehörden eingetretet worden sein.

Verrechnung von Krankengeld auf Renten. Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Nachbehandlung auf Kosten des Reichs kann einem nicht krankheitsfreien ehemaligen Genesungsbefehligen vom Versorgungsamt auch dann gewährt werden, wenn glaubhaft darzulegen ist, daß die Schwandkranken, die eine ärztliche Behandlung notwendig macht, auf eine bisher noch nicht anerkannte Heilbehandlung zurückzuführen ist. Während dieser ärztlichen Behandlung, die nur bestimmt zu genehmen ist, kann das Versorgungsamt ein Krankengeld zubilligen. Wird dann später dem Beschädigten eine Rente zuerkannt, so wird bei der erstmaligen Auszahlung der Rente der Betrag der Krankengeldverrechnung in Abrechnung gebracht, der bei einer Zusammenrechnung von Rente und Krankengeld den Betrag der Rente nicht mindert. Dies- und Teuerungszulagen übersteht. Können jedoch in diesem Ausmaß keine laufende Rentengebühren herangezogen werden, so darf der Mehrbetrag in Ausgabebüchlein bleiben.

Für Briefmarkensammler. Dem wiederholt von Briefmarkensammlern und -Händlern geführten Wunsch, eine amtliche Verzeichnisse für Briefmarken einzuführen, hat sich infolge des Einspruchs einiger Landesregierungen nicht entsprechen lassen.

Sitzung des Gemeinderats vom 7. April. Osterbach. Der Gemeinderat hatte zur Durchführung der Kanalisation in Osterbach Sitzung zu nehmen. Die Angelegenheit schwebt schon seit dem Jahre 1903, damals wurde die Durchführung der Kanalisation von der Reichsregierung anlässlich der Gemeindefeststellung verlangt. An den hohen Kosten ist die Ausführung bisher immer wieder gescheitert und auch heute muß der Gemeinderat diese Arbeit zurückstellen, den geeigneten Zeitpunkt wird der Gemeinderat auswählen und die nach einheitlichem Plan durchführbare Kanalisation in Angriff nehmen. Dem Schreinermeister Gottlob Selber wird zu einem Neubau ein Hauptlot in der Kalkenau zum Preis von 1,50 A pro qm bereitgestellt, der mit Beginn der Bauarbeiten in sein Eigentum übergehen soll. Zu diesem Neubau wird auch der Hauslorenzschutz genehmigt. Verschiedene Wünsche um Abgabe von Raubholz werden abgewiesen, da es sich um keine Umfragen handelt, sondern um Ausbesserungen handelt, auf welche der fragliche Gemeinderatsbeschluss über die Raubholzabgabe keine Anwendung finden kann. Der Wachmannschaft im Brandfall Rühle-Schäbel wird ein Stundenlohn von 6 A bewilligt. Für die juristische Mitglieder der Ortsvereine wurden heute als ordentliche Mitglieder Sipermeister Ade und Zimmermeister Graf, als Stellvertreter Fischermeister Bergang Jung und Maurermeister Graf gewählt. Als Beisitzer werden die den Gemeinderatsmitgliedern jeweils zustehenden Sätze gewählt. Von dem durch Ministerialvorschrift vom 31. März 1922 eingeräumten Recht die Wohnsteuer und die Grundsteuer zu erhöhen, wird kein Gebrauch gemacht, an Fremdensteuer werden wir bereits den höchsten Satz. Ein Antrag des Oberamtsrats Dr. Meyer um Erhöhung des Wagners für 1921/22 wird antwortgemäß genehmigt. Die Taggebühren der Gemeinderäte u. des Gemeindevorstandes werden im Rahmen der neuesten Verf. d. Min. d. Innern vom 9. März und mit Wirkung vom 1. März d. J. an neu festgelegt. Das gleiche Taggeld wie die Gemeinderäte sollen die Unterglieder erhalten. Die Entschädigung des Vorsitzenden des Stadtschultheißnamens wird dem Antrag des Vorsitzenden folgend ab 1. April 1922 erhöht. Ein Antrag des landwirtschaftlichen Ortsvereins um Übernahme der ungedeckten Kosten für die neu beschaffte Ackerwalde hat Genehmigung, die Wälder gibt damit ins Eigentum der Stadt über und wird gegen eine kleine Gebühr zur Bekämpfung abgegeben. Anlässlich der Neuverpackung der Boden- u. Viehwagen werden die Waggelöhne auf das Doppelte des bisherigen Satzes erhöht. Die Gebühren für das Grabmal werden ab 1. April auf 20 A für Erwachsene- und 10 A für Kindergräber festgesetzt. Behandelt wurden verschiedene Anwesenheiten und Schenkungen, neben kleineren Gegenständen, die den Schluß der Sitzung bildeten.

der Schwarzwald heute erreicht. Alles an der zweifellos ungenutzten und das sich man am Volkswohl auf ein Alter

so deutlich zu der der 1. Zeit der heutigen Zeitperiode, welche demberg mitten im halten der dortigen nämlich hinter berg. Der Fisch löhberg und den Teufelskutschule, gegenwart habe, kam Salz- und Gips-schnell ausgleichend gegen den lanten nämlich aus der inwischen auch hale, in sie bilden nur einen kleinen noch früher zurück.

Terilist-Jelt. Ind der der Kirche von der Salz erhalten, der Seiler, wo sich wir 140 m über

uffes eine größere schwer zu finden. Talböden bieten geschichtlichen Tals. Schlingen zu gebäude, Regental,

Bedlungsgeschichte unferer Geschichte



